

Die Vorschläge der CGIL

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind für alle klar ersichtlich.

Mit dem **Plan gegen die Krise** versucht die **CGIL** Antworten auf die aktuellen Probleme zu geben und ein Projekt für die Zukunft zu erstellen

Die derzeitige Finanzkrise ist mittlerweile eine globale Krise.

Ihr Ausmaß und Auswirkungen könnten jene **der großen Krise** des Jahres 1929 noch übertreffen.

Bereits heute gibt es eine grundlegende Schwächung der realen Wirtschaft, da sich die Auswirkungen der Krise im gesamten Produktions- und Dienstleistungssystem bemerkbar machen. Der massive Rückgriff auf das Instrument der Ausgleichskasse, der drastische Rückgang der Nachfrage und der Investitionen machen die Verteidigung der Arbeit und der Beschäftigung zu einer absoluten Priorität.

Es hat sich ein Klima der Angst und des Misstrauens dem Bankensystem gegenüber breitgemacht und dies hat direkte und unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Beschäftigten, RentnerInnen und Familien, die zunehmend Schwierigkeiten haben, mit ihrem Einkommen bis zum Monatsende auszukommen. Die EU hat durch den gemeinsamen Plan zur Bewältigung der Krise einen wichtigen Beitrag geleistet. Die italienische Regierung hat dementsprechend durch die Gesetzesdekrete 155/08 und 157/08 eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen, um die Liquidität und die Stabilität des Bankensystems zu sichern. Diese Maßnahmen sind jedoch völlig unzureichend, um der derzeitigen sozialen und wirtschaftlichen Notsituation Einhalt zu gebieten. Für die **CGIL** muss verhindert werden, dass die Beschäftigten, RentnerInnen, Personen mit atypischen Arbeitsverhältnissen und, im allgemeinen, die Familien mit niederem bis mittlerem Einkommen, die Kosten der Krise tragen müssen.

Es ist höchste Zeit, die derzeitige ungerechte Umverteilung des Reichtums zu ändern. Für die **CGIL** ist hierfür eine Politik der Rezessionsbekämpfung notwendig, welche die Einkommen aus Arbeit und Renten fördert, um so die interne Nachfrage und die Produktion anzukurbeln.

Angesichts einer derart dramatischen Krise muss rasch gehandelt werden. Die Regierung muss Gespräche mit den Sozialpartnern beginnen und die arrogante und ablehnende Haltung aufgeben, die sich durch die andauernde Verabschiedung von Dekreten und dem Stellen der Vertrauensfrage ausdrückt. Der Staat kann sich nicht darauf beschränken, eine Art soziale Pufferzone für die Banken in Schwierigkeiten zu sein. Die Folgen der Krise wirken sich direkt auf die Familien und die Unternehmen aus und zwar in Form von Verringerung der Kreditvergabe und der Verschlimmerung alter struktureller Probleme unserer Wirtschaft, Produktion und Umverteilung.

Aus diesen Gründen legt die **CGIL** einen **Plan gegen die Krise** vor, eine wirtschaftliche Rosskur, die der außerordentlichen Notsituation angemessen ist. Die **CGIL** schlägt starke politische Maßnahmen vor, angefangen bei jenen zur Investitionsförderung in Forschung und Innovation. Ziel ist es, ein Abkommen für die Zukunft Italiens zu erreichen und damit die Beschäftigung, die Einkommenssituation und die Investitionen zu fördern.

Deshalb fordert die CGIL

A. Auf nationaler Ebene

- I. Die dringende Aufnahme von Gesprächen zur Bewältigung der Krise, koordiniert vom Präsidium des Ministerrats zu den Folgen der Krise, der Verteidigung der Beschäftigungslage und der Einkommen, um die Nettoeinkommen aus Arbeit und Renten zu erhöhen.
- II. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle zwischen Regierung und Sozialpartner, um den Stand der Umsetzung der entschiedenen Maßnahmen gegen die Krise zu prüfen.

B. Auf europäischer Ebene

- I. Gemeinsamer Aktionsplan zur Förderung von Wirtschaftswachstum und -entwicklung.

- II. Interventionen in den Bereichen Einkommen, interne Nachfrage und Investitionen in Infrastrukturen. Im einzelnen bedeutet dies:
- a) Reduzierung der Steuerpunkte vonseiten der europäischen Zentralbank um 1,5 bis 2 Prozentpunkte;
 - b) Reduzierung des Steuerdrucks (im Verhältnis zum BIP der jeweiligen Länder) auf lohnabhängig Beschäftigte und Rentner, wobei die Maastrichtkriterien auch im Bereich der infrastrukturellen Investitionen flexibel sein müssen;
 - c) Finanzierung eines Investitionsplans für Innovation, materielle und immaterielle Infrastrukturen durch die Ausgabe europäischer Bonds;
 - d) Bestätigung der Ziele hinsichtlich Umwelt und einer nachhaltigen Entwicklung, die laut europäischer Abkommen innerhalb des Jahres 2020 erreicht werden müssen.

C. Bezüglich der derzeitigen Notlage

- I. Schule: Um die geplante Gegenreform zu verhindern, müssen nach der Großkundgebung am 30. Oktober 2008 weitere Initiativen folgen, an denen nicht nur die Lehrpersonen, sondern auch Jugendliche und deren Familien teilnehmen.
- II. Finanzplanung vom Juli: Diese falsche und unangebrachte Planung muss abgeändert werden, da sie zudem auf falschen Prognosen beruht, wie bei den zahlreichen Kundgebung am 27. September aufgezeigt wurde. Die schwerwiegenden Kürzungen im Öffentlichen Bereich haben jegliche Kontrolltätigkeit und Entwicklung in der Öffentlichen Verwaltung verhindert, mit drastischen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Dynamik des BIP.
- III. Fiskus: Annahme der Ziele, die in der einheitlichen Plattform vom November 2007 enthalten sind.
- IV. Öffentlicher Dienst: Anerkennung der gerechtfertigten Anliegen, die den interregionalen Streiks zugrunde liegen, sei es im Bereich der Würde der Arbeit im Öffentlichen Dienst, angefangen bei der Stabilisierung von prekären Arbeitsverhältnissen, als auch im Bereich des nationalen Kollektivvertrags.
- V. Rentner: Anerkennung der einheitlichen Plattform der RentnerInnen, in der die Stärkung der sozialen Rechte der BürgerInnen, angefangen auf lokaler Ebene, enthalten ist.

Der **Plan gegen die Krise** der **CGIL** hat einen Wert von 1, % Prozentpunkten des BIP zwischen 2008 und 2009, davon 0,7 %, innerhalb des laufenden Jahres.

Die benötigten Ressourcen können zur Verfügung gestellt werden durch:

- a) Radikale Abänderung des Haushaltsgesetzes;
- b) Verwendung der 7 Milliarden Euro Mehreinnahmen aus der IRPEF - Besteuerung (die bereits im Jahr 2008 einen Zuwachs von 9,8% im Vergleich zum Jahr 2007 aufweist). Diese Mehreinnahmen sind auf einen erhöhten Steuerdrucks auf die Einkommen aus lohnabhängiger Beschäftigung und auf die nicht erfolgte Rückzahlung des sog. „fiscal drag“ zurückzuführen;
- c) einen größere Flexibilität der europäischen Parameter.

Es gibt keine Industriepolitik ohne ein funktionierendes System des Wissens und der Forschung. Das künftige wirtschaftliche Wachstum und die gesamte Zukunft des Landes sind eng an diese Bereiche gebunden. Die ausreichende Finanzierung dieser Bereiche muss daher sichergestellt und der universelle Wert der Schule, Universität und Forschung anerkannt werden. Nur so kann künftig die Beschäftigung auf dem derzeitigen Niveau aufrecht erhalten werden.

1. Förderung der Beschäftigung

Die **CGIL** fordert

- die Aufstockung des Fonds für die Maßnahmen zur sozialen Abfederung und deren Ausweitung auf all jene Beschäftigten, die derzeit noch kein Anrecht darauf haben; Förderung der Weiterbildung und Umschulung von Beschäftigten, sowie Verteidigung der Einkommen.

- die Vorsehung eines Mechanismus, der den Fonds aufstockt und zwar je nach Bedarf für die Deckung der Krisenfälle.

Bereits heute sind 400.000 Arbeitsplätze im privaten und öffentlichen Bereich in Gefahr.

- die Vorsehung von Steuererleichterungen für Betriebe, welche auf die sozialen Maßnahmen zurückgreifen müssen; die dringende Aufnahme von Gesprächen mit den Sozialpartnern, um die Ausweitung der sozialen Maßnahmen und deren Neuorganisation laut Gesetz 247/7 zu vereinbaren; die Vorsehung bereits für das Jahr 2008 von größeren Ressourcen für die Sonderausgleichskasse und die Mobilität, um den Auswirkungen der Krise entgegen zu wirken.

- die Definition einiger dringender Korrekturen, die von der **CGIL** seit langem gefordert werden und die folgende Bereiche betreffen:
 - Arbeitslosengeld mit reduzierten Voraussetzungen: Eliminierung der Voraussetzung von 2 Versicherungsjahren.
 - Mitarbeiterverträge :
Umsetzung der Maßnahmen laut Art.1, Komma 1156, Buchstabe d), des Gesetzes 296/06, welches Förderungsmaßnahmen für die Weiterbildung und Wiedereinstellung jener Personen vorsieht, die aufgrund der Krise ihre Arbeit verloren haben. Diese Maßnahmen sollten, gemäß Abkommen vom 23. Juli 2007, auch für andere Fälle vorgesehen werden.
 - Sonderausgleichskasse: Ab 2009 soll eine beträchtliche Erhöhung des derzeitigen monatlichen Höchstbetrages vorgesehen werden, dieser wird Jahr für Jahr für die Sonderausgleichskasse und andere soziale Maßnahmen festgelegt.
- Verwendung der Ressourcen, die für die Steuerbefreiung der Überstunden und die Vertragsverhandlungen auf der zweiten Ebene vorgesehen sind (ca. 1 Milliarde Euro), auch zur Förderung der Beschäftigung und für Personen, die kein Anrecht auf die Maßnahmen der sozialen Abfederung haben.
- Die Festlegung steuerlicher Förderungsmaßnahmen.
Es geht zusätzlich zu den im Haushaltsgesetz 2007 und 2008 vorgesehenen steuerlichen Maßnahmen, durch welche die Beschäftigung gefördert werden kann um Begünstigungen bei definitiven Anstellungen, Anstellung von Frauen und Jugendlichen, mit besonderem Augenmerk auf den Süden Italiens.
- Kampf für die legale Beschäftigung.
Es muss verhindert werden, dass durch die Krise das Phänomen der nicht legalen Beschäftigung ansteigt und die Sicherheit am Arbeitsplatz vernachlässigt wird, wie dies etwa durch die Vergabe von Arbeiten an den Bieter mit dem niedersten Angebot häufig der Fall ist.
- Kampf gegen die Steuer- und Beitragshinterziehung.
Der Einsatz auf diesem Gebiet muss verstärkt weitergeführt werden, auch in Anbetracht der Tatsache, dass 90% der IRPEF-Einnahmen aus lohnabhängiger Arbeit und nur 10% aus selbständiger Tätigkeit stammen.

2. Förderung des Einkommens

Die CGIL fordert

- eine Intervention zur Reduzierung des Steuerdrucks auf Löhne und Renten in den nächsten zwei Jahren.
Hier gibt es Möglichkeiten im Bereich der Steuerfreibeträge und durch die Rückzahlung des sog. „fiscal drag“, angefangen bei den 500 Euro betreffend das Jahr 2008 (mit dem dreizehnten Monatsgehalt) und die Vorsehung entsprechender Maßnahmen auch für das Jahr 2009.
- die progressive Erhöhung der Anzahl jener RentnerInnen, die eine 14. Rentenauszahlung erhalten und eine Neudefinition des Berechnungsmodells für die Rentenerhöhung.
Diese Maßnahmen sind für die niederen Einkommensschichten bereits im Welfare - Protokoll vom Juli 2007 enthalten.
- Begünstigungen bei der Neuverhandlung von Darlehensverträgen.
Diese Maßnahme kann ausnahmsweise für die nächsten zwei Jahre vorgesehen werden. Ein Teil der Kosten kann vom Schatzministerium übernommen werden, wobei der Euribor Steuersatz durch jenen der Europäischen Zentralbank ersetzt werden kann, der für die Refinanzierung bei den Banken angewandt wird.
- Anwendung sozialer Tarife bzw. Befreiung von der Zahlungspflicht bei den allgemeinen Dienstleistungen durch die Bewertung der ökonomischen Situation (ISEE).

3. Förderung der Investitionen und Industriepolitik

Die CGIL fordert

- Garantien des Schatzministeriums für bereits gewährte Bankkrediten für Investitionen der Unternehmen.
- Unterstützung von Projekten der industriellen Innovation, wie dies bereits im Gesetzesentwurf „Industria 2015“ vorgesehen ist, wobei die Ressourcen und die Anzahl der finanzierten Projekte erhöht werden muss.
- Einrichtung eines zusätzlichen Fonds, neben jenem der Europäischen Investitionsbank, um den Zugang zu Krediten für kleine und mittelgroße Unternehmen zu erleichtern. Ein besonderes Augenmerk muss dabei dem Süden Italiens gelten.

- Unterstützung jener Wirtschaftsbranchen, die besonders der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Steuererleichterungen für Unternehmen die in Innovation (neue Technologien, Organisation, usw.), Forschung und Weiterbildung investieren und sich gleichzeitig verpflichten, im Jahr 2009 keine Arbeitsplätze abzubauen.
- Zuerkennung eines Steuerabzuges für Innovation.

4. Öffentliche Investitionen

Die CGIL fordert

- Investitionen in Infrastrukturen mit sofortigem Baubeginn.
- Wiederherstellung des Fas (Fondo aree sottoutilizzate) Fonds für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete, mit der Aufwertung der Rolle der Regionen und lokalen Autonomien, denen Ressourcen in der Höhe von 13 Milliarden Euro entzogen wurden.
- Förderung der Energieeinsparung im Produktions- und Transportsektor.
- Erhöhung der Investitionen zur Bonifizierung umweltverschmutzender industrieller Gebiete, besonders im Süden Italiens.
- mehr geförderter Wohnbau und niedrigere Mieten.

5. Welfare und Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Die CGIL fordert

- Förderung des Einkommens der Familien und der arbeitslosen Jugendlichen.
Dies muss im Rahmen eines Notprogramms gegen die Krise und neue Armut erfolgen, wobei dafür ca. 1 Milliarde Euro vorgesehen werden muss.
- Unterstützung der Beschäftigten mit schwerer und gesundheitsschädlicher Tätigkeit.
Dies bedeutet die vollständige Anwendung des Gesetzes 247/70 im Rentenbereich und eine sofortige Zuerkennung der im Gesetz vorgesehenen Begünstigungen.
- Stärkung des Sozialstaates, Ausweitung der Dienste für Kleinkinder und für pflegebedürftige Personen.
- Stärkung der Kontrollen zur Feststellung der realen Freiwilligkeit einer Kündigung, um so dem Phänomen der sog. „weissen Kündigung“ entgegen zu wirken.
- Verwendung der aufgelassenen Kasernen, mit deren Umwandlung in zeitweilige Unterkünfte für Einwanderer und Studentenhäuser.

6. Einwanderung

Die CGIL fordert

- Maßnahmen zur Regularisierung der Einwanderer.
Neben dem legalen Aspekt an sich bringt dies auch neue Ressourcen für die Staatskasse und das Rentensystem.
- Reform der Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft.
Neben einer effizienteren Verwaltung der Einwanderung und Familienzusammenführung ist auch eine Reform der Prozeduren für die Erlangung der Staatsbürgerschaft und damit verbunden die Integration der Einwanderer notwendig, dies gilt vor allem für in Italien geborene Kinder und das Wahlrecht.
- Aufhebung des Bossi-Fini-Gesetzes und dessen Auswirkungen im Fall von Arbeitsverlust aufgrund der Wirtschaftskrise.

Die Beschäftigung, die Verteidigung des Einkommens aus Arbeit und Renten, qualitative Investitionen sind Prioritäten in der derzeitigen Situation. Der **Plan gegen die Krise** der **CGIL** möchte Antworten auf die schwerwiegenden heutigen Probleme geben und ein Projekt für die Zukunft bieten. Die **CGIL** wird diesen Plan mit CISL und UIL besprechen und auch alle anderen sozialen Kräfte in diesen Prozess einbeziehen. Durch Mobilisierung und Initiativen soll die Öffentlichkeit sensibilisiert werden, damit die derzeitigen Probleme Italiens endlich eine Priorität für alle werden.